

Gehaltsausbesserung für die Staatsbediensteten und Lehrer.

Wie den "Vol. Tagebüchern" mitgeteilt wird, sind die Vorbereitungen für eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Zulage an die Staatsbediensteten im Gange. Es besteht bei der Regierung die Neigung, der durch die außerordentlichen Verhältnisse geschaffenen materiellen Lage der Staatsbediensteten Rechnung zu tragen und den von den deutschen Abgeordneten wiederholt geäußerten Wünschen nach Wahrung der vom Finanzministerium zur Verfügung gestellten Mittel zu entsprechen. Ob die Form einer einmaligen Zuwendung gewählt oder eine auf Kriegsdauer beschränkte Erhöhung der Monatsgehälste verfügt werden soll, steht noch nicht fest. Bei den im Hinterland diensthabenden Militärgagisten wurde bekanntlich beides durchgeführt, insfern ihnen die Geldablösung für die unangemessige Verdopplung zugestanden wurde. Und diejenigen, welche außer ihren Dienstbezügen über sonst kein Einkommen verfügen, auch mit einer einmaligen Unterstützung betreut wurden. Für die Zivilstaatsbediensteten werden von den deutschen Abgeordneten ähnliche Maßnahmen wiederholt von der Regierung verlangt.

Das Verlangen nach Gewährung einer einmaligen Unterstützung wird damit begründet, daß die Staatsbediensteten mit den normalen Bezügen die außerordentlichen Ausgaben, namentlich für die Kleidung, nicht bestreiten konnten, und daher die meisten vor der Notwendigkeit stehen, zu den derzeit höheren Preisen Kleidungsstücke anschaffen zu müssen, weil sie mit Rücksicht auf die verteuerten Lebensmittelzulagen seit langem nicht in der Lage waren, die notwendigen Nachschaffungen vorzunehmen. Das Begehrn nach einer monatlichen Gehaltserhöhung röhrt sich auf die außerordentliche Höhe der Lebensmittelpreise. Die Staatsbediensteten sind sich, wie aus den zahlreichen Befürchtungen an die deutschen Abgeordneten hervorgeht, selbstverständlich dessen bewußt, daß auch sie sich wie eben jedermann Beschränkungen in der Lebensführung aufzulegen müssen. Die Verkürzung der Lebenshaltung muß jedoch dort ihre Grenze haben, wo eine weitere Herabsetzung der Bedürfnisse zu einer Schmälerung der Dienstfahrt führen muß. Besonders wird von den deutschen Abgeordneten darauf hingewiesen, daß auch schon mit Rücksicht auf die stärkere Anspruchnahme der Staatsbediensteten ihnen jede Möglichkeit eines Nebenverdienstes genommen ist, so daß den Zeitsoldaten gegenüber notwendigerweise die Fürsorge des Staates Platz greifen müßte.

Was die Pensionisten und sogenannten Altpensionisten anlangt, so wird auch hier eine weitaus nur auf Kriegsdauer beschränkte Erhöhung der Bezüge notwendig werden, weil ja in einem Pensionsversprechen des Staates nicht so sehr die Sicherung eines bestimmten Einkommens als vielmehr das Versprechen einer angemessenen Lebensführung nach Ablauf der gesetzlichen Dienzeit liegt und daher der Staat die moralische Pflicht hat, auch die Bezüge der Pensionisten in ein angemessenes Verhältnis zu den herrschenden Lebensmittelwerten zu bringen.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, hat auch der Vorstand der Deutschösterreichischen Vereinigung innerlich Sorge im Interesse der Lehrerschaft unternommen, für die, abgesehen von ihrer an und für sich geringeren Befoldung, dasselbe gilt wie von den Staatsbediensteten. Auch was die Lehrerschaft erlangt, muß die staatliche Hilfe in Anspruch nehmen; werden, weil der Krieg einschneidende Veränderungen zwingen können der Einnahmen der Länder, denen die Befoldung der Lehrerschaft eigentlich obliegt, herbeigeführt hat.